

Mehr Lohn, mehr Zeit, mehr Parität!

In Berlin ist der Internationale Frauentag in diesem Jahr erstmals ein offizieller Feiertag. Und das ist gut so. Denn es gibt in diesem Jahr einen triftigen Grund für Frauen zu feiern: Denn genau vor 100 Jahren, am 19.01.1919, durften Frauen in Deutschland zum ersten Mal wählen. 100 Jahre später ist das Erbe dieses frauenpolitischen Meilensteins ernüchternd. Der Bundestag ist heute so männlich, wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. Derzeit liegt der Frauenanteil nur bei rund 30 Prozent.

Wir brauchen daher endlich Wahlrechtsreformen, die sicherstellen, dass Männer und Frauen paritätisch in den Parlamenten vertreten sind – und zwar sowohl bei Listenmandaten als auch bei Direktmandaten. Die Beispiele in anderen Ländern zeigen: Wenn der politische Wille für gleichberechtigte Teilhabe in den Parlamenten vorhanden ist, sind auch rechtliche Änderungen möglich.

In der Politik brauchen wir mehr Frauen. Im Arbeitsalltag brauchen Frauen mehr Geld und mehr Zeit. Frauen verdienen aber noch immer im Schnitt 21 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Im EU-Vergleich bleibt Deutschland damit eines der Schlusslichter. Wir brauchen gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Denn die Arbeit von Frauen darf es nicht zum Schnäppchenpreis geben.

Frauen arbeiten auch häufig in schlechter bezahlten Berufen und Branchen und sie erklimmen die Karriereleiter längst nicht so leichtfüßig, wie die Männer. Gerade in der Pflege und in den sozialen Berufen verdienen Frauen viel zu wenig. Teilzeitstellen, Mini- und Midijobs sorgen zusätzlich für kein auskömmliches Einkommen. Gleichzeitig flüchten in allen Branchen immer mehr Arbeitgeber aus der Tarifbindung und verweigern gerechte Löhne.

Wir wollen:

- tariflich gerecht entlohnte Arbeit, die es allen Beschäftigten ermöglicht, von ihrem Lohn auskömmlich zu leben,
- einen Tarifvertrag in der Pflege, der für alle in dieser Branche gilt,
- Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern,
- keine Minijobs, sondern sozialversicherungspflichtige Arbeit,
- mehr Mitspracherechte, wenn es um den Umfang, die Lage und den Ort der Arbeit geht.

Die Bundesregierung tut allerdings nichts dergleichen. Minijobs bleiben unverändert. Und statt sich für gute Arbeit stark zu machen, soll es künftig wieder längere Arbeitszeiten geben – über die 8 Stunden pro Tag hinaus. Denn die Bundesregierung will Öffnungsklauseln bei der Arbeitszeit ermöglichen.

Wir sagen dagegen: Finger weg vom Arbeitszeitgesetz! Dieses Gesetz ist alles andere als starr. Im Gegenteil – es ermöglicht den Unternehmen schon heute viele weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten. Außerdem ist Flexibilität keine Einbahnstraße. Deshalb begrüßen wir auch, dass es den Gewerkschaften in letzter Zeit gelungen ist, Arbeitszeitverkürzungen und flexible Regelungen in Tarifverträgen durchzusetzen.

Frauen brauchen mehr Zeitsouveränität für ihr Leben. Wir wollen ein echtes Rückkehrrecht auf Vollzeit und mehr Mitspracherechte, wenn es um die Lage und den Ort der Arbeit geht. Arbeit muss gestaltbar sein, damit sie besser ins Leben passt. Denn wir leben nicht, um zu arbeiten, sondern wir arbeiten, um gut zu leben.